

7. Oktober 1949

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – existierte bis zum 3. Oktober 1990

10. Oktober 1903

In Manchester wird die „National Women’s Social and Political Union“, eine Frauenstimmrechtsvereinigung, gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Emmeline und Christabel Pankhurst

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

17. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

02. Oktober 2012

Reichtum umFAIRteilen Vermögensabgabe, Millionärsteuer, Finanzmarktregulierung

Der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung dokumentiert eine sozial und ökonomisch ruinöse Entwicklung: Von 1992 bis Anfang 2012 verdoppelte sich das Nettovermögen der privaten Haushalte. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen über die Hälfte des Vermögens. Die untere Hälfte der Vollzeitbeschäftigten hat deutliche Reallohnverluste erleiden müssen. Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt lediglich noch ein Prozent des Privatvermögens.

Öffentliche Schulden und privater Reichtum hängen untrennbar zusammen. Um die Profitansprüche zu sichern, wurden und werden Rettungspakete für die Banken geschnürt, was die Staatsverschuldung erhöht. Durch Sozialabbau, Lohnkürzungen und die Streichung öffentlicher Leistungen soll die Verschuldung dann wieder abgebaut werden. Während das öffentliche Nettovermögen von 1991 bis 2010 von 52 Prozent auf 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukt geschrumpft ist, stieg das private Nettovermögen um 99 Prozent auf 307 Prozent. Eine Abgabe in Deutschland für Vermögen ab einer Million Euro und einem zusätzlichen Freibetrag von 250.000 Euro je Kind ergäbe eine Bemessungsgrundlage von 1,9 Billionen Euro (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

Der Reichtum der Finanz- und Wirtschaftselite muss nach unten umverteilt werden. DIE LINKE fordert eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes von 1952, die Wiedererhebung einer Millionärsteuer von fünf Prozent auf das Vermögen über einer Million Euro, die Einbeziehung privater Kapitaleinkünfte in die reguläre Einkommensbesteuerung, die Vergesellschaftung des privaten Bankensektors sowie eine wirkungsvolle Finanzmarktregulierung, beispielsweise durch ein Verbot von Leerverkäufen und ungedeckten Kreditausfallversicherungen.

DIE LINKE IM BUNDESTAG

Reichtum umFAIRteilen
Vermögensabgabe, Millionärsteuer, Finanzmarktregulierung

Urheberrecht

„Das Geld im Kreativmarkt bleibt bei den Falschen hängen“

In der Debatte ums Urheberrecht scheint es mindestens drei Problemfelder zu geben. Erstens: Das finanzielle Auskommen der Urheberinnen und Urheber ist abgesehen von einigen wenigen Superstars prekär. Zweitens: Die Medienindustrie beklagt sich über illegales Downloaden und Kopieren, sieht sich um Umsätze und Gewinne gebracht, prangert eine „Gratis-kultur“ im Internet an. Und drittens: Nutzerinnen und Nutzer sehen sich durch das geltende Urheberrecht immer wieder eingeschränkt in ihren digitalen Möglichkeiten, Werke zu verbreiten, zu teilen, und weiterzuverarbeiten.

Wer sich die drei Problemfelder genauer anschaut, merkt schnell, die Problemfälle eins und drei, also auf Seiten von Urheberinnen und Urhebern, Nutzerinnen und Nutzern sind real.

Fall zwei, das Wehklagen der Medienindustrie aber scheint mindestens grob übertrieben. Sicher, die Umsätze und Gewinne im Gesamtmarkt steigen nicht mehr paradiesisch. Der Werbemarkt zeigt starke Einbußen. Aber gerade im Digitalbereich kompensieren die wachsenden Einnahmen immer besser die Rückgänge in den analogen Märkten. Branchenriesen wie der Springerkonzern verkünden Rekordgewinne. Wer die Umsatzzahlen der Medienindustrie mit den angeblichen Verlusten durch Raubkopien vergleicht, merkt schnell, hier gehen, wenn überhaupt, potenzielle Mehreinnahmen im kleinen einstelligen Prozentbereich verloren. Wobei alle zu vergleichenden Zahlen nur Schätzungen der Industrie selbst sind.

Belastbarer sind andere Werte: Nutzerinnen und Nutzer geben immer mehr Geld für den Kreativbereich aus. Nicht zwingend für einzelne Werkzusammenstellungen wie das ehrwürdige Musikalbum oder eine ganze Tageszeitung. Aber für einzelne Artikel, Podcasts, Songs. Und für Abonnements im Digitalen wie im Analogen, bei Streamingdiensten, Blogs und Zeitschriften. Vor allem aber für die Geräte, mit denen sie die Werke konsumieren und weiternutzen. Und auf die meisten dieser Geräte zahlen Nutzerinnen und Nutzer pauschale Urheberrechtsabgaben. Bei den Kreativen kommt zu wenig Geld an

Es kommt also viel Geld an im Kreativmarkt. Aber nicht bei den Kreativen. Weil Verlage, Plattenfirmen, aber auch YouTube und alle alten und neuen Contentaggregatoren tunlichst vermeiden, Urheberinnen und Urheber anständig zu bezahlen. Die erfolglosen Bemühungen von Urheberverbänden und Politik um angemessene Vergütung und ein durchsetzungsstarkes Urhebervertragsrecht zeugen hiervon. Darüber hinaus versuchen die Aggregatoren – wie aktuell im Fall des Streits um Ausschüttungen der VG Wort an Autorinnen und Autoren sowie Verlage zu sehen ist –, auch noch Geld aus dem Urhebertopf abzu-zweigen.

Natürlich gibt es gerade kleine Verlage und Labels, die sich bemühen, das alles anders zu machen. Und natürlich gibt es Leistungen wie Lektorat, Studioproduktion und so weiter, die ein kreatives Werk erst zu dem ma-

chen, was es ist. Doch all diese guten und notwendigen Mehrwerte der Contentindustrie ändern unterm Strich nichts an der Tatsache, dass vom vielen Geld der Nutzerinnen und Nutzer zu wenig bei den Kreativen ankommt.

Dieses viele Geld fließt in den Markt, obwohl es sogenannte Raubkopien gibt, obwohl die digitalen Möglichkeiten des Sharings und der Weiternutzung (oft gegen geltendes Recht) aktiv genutzt werden. Es ist also nicht zu erwarten, dass eine dringend notwendige Legalisierung zeitgemäßer und kreativer Werknutzung (die sogenannten Nutzerrechte) diesen Geldfluss zum Versiegen bringen könnte.

Kulturfltrate bezahlen die Nutzer

Genau hier krankt die Argumentation für die Einführung einer gesetzlich verbindlichen Kulturfltrate zusätzlich zu den bestehenden Bezahlssystemen. Aktuell würde sie nur noch mehr Geld von den Nutzerinnen und Nutzern abziehen und in einen Markt pumpen, in dem massig Geld steckt aber bei den Falschen hängen bleibt.

Innerhalb der bestehenden Systeme sollte es vielmehr darum gehen, eine faire Umverteilung zu organisieren, also Urheberinnen und Urheber endlich angemessen an den Umsätzen der Branche zu beteiligen. Sie in ihrer Verhandlungsmacht gegenüber den Medienkonzernen stark zu machen. Die LINKE hat deshalb in den vergangenen Monaten eine Reform des Urhebervertragsrechtes öffentlich diskutieren lassen und will das Ergebnis als Gesetzentwurf im Herbst in den

Bundestag einbringen.

Kunst sollte uns allen etwas wert sein

Was damit allerdings noch nicht gelöst sein wird, ist ein ganz altes Problem des Marktes für kreative Werke, das auch zu vordigitalen Zeiten bestand. Die Superstars erzielen exorbitante Gewinne, die Masse der Kreativen darbt. Wer letzteres ändern will, muss sich überlegen, ob professionell produzierte Kunst und Kultur ausschließlich marktorientiert vergütet werden sollen.

Doch auch hier könnten bereits im bestehenden Vergütungssystem einige Dinge zum Besseren verändert werden. Solange über die Verteilung aller längst existierenden Kulturflrates wie Gema-Lizenzen für Clubs, Diskotheken oder Radios und die Geräteabgaben für erlaubte Privatkopien in den Verwertungsgesellschaften in erster Linie die Topverdiener entscheiden und den Medienkonzernen auch hier noch einmal etwas abgegeben wird, bleibt die Verteilung der Einnahmen höchst ungerecht. Deshalb bedarf es dringender demokratischer Reformen in den Verwertungsgesellschaften. Kreative müssen angemessenen Einfluss auf die Verteilungsströme haben. Und Geld, das für Urheberinnen und Urheber gedacht ist, sollte ihnen und nicht der Industrie zukommen. Auch zu diesem Punkt möchte Die Linke im Herbst Handlungsvorschläge unterbreiten. Grundeinkommen für Künstler

Wollen wir allerdings weitergehen, als nur die Ungerechtigkeiten des bestehenden Systems einzudämmen, müssen wir mehr verändern, als die Verteilung der Gelder zwischen Konzernen und Kreativen.

Mithin müssen wir fragen, inwieweit sich kreative Leistung nur durch Publikumserfolg bemessen lässt oder ob sie uns nicht an sich etwas wert ist.

Wenn wir diese Frage mit Ja beantworten, könnte eine neue, die alten Systeme weitgehend ersetzende Pauschalvergütung helfen. Sie wäre dann in der Tat eine Art Grundeinkommen für Künstlerinnen und Künstler. Die geschaffenen Werke müssten dann fairerweise ebenso pauschal als Gemeingüter allen, nicht nur als Privatkopie, zur Weiternutzung zur Verfügung stehen. Und dann stellt sich die Frage, ob es sinnvoll und gesamtgesellschaftlich fair ist, eine solche Commons-Ökonomie nur im Kreativbereich zu realisieren. Im schlimmsten Fall eskaliert hier eine unsägliche Neiddebatte. Im besten Fall wäre der Startschuss für ein großes gesamtgesellschaftliches Umdenken abgegeben.

Wobei, eine solche Grundsicherung haben wir längst im einen oder anderen Bereich. Die aus öffentlichen Geldern bezahlten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unseren Hochschulen sind solche von uns allen gesponserte Kreativarbeiter. Das gleiche gilt (wenn auch in geringer Höhe) für die vielen Sportsoldatinnen und die Athleten aus anderen Maßnahmen staatlicher Sportförderung. Auch die Verpflichtung, öffentliche Gebäude mit Kunst auszustatten, ist eine solche existierende Subvention, genauso wie die vielen Millionen Filmförderung.

Freier Wettbewerb kann nebenher existieren

Der Kreativmarkt, wie er heute reguliert ist, hilft weder den Krea-

tiven noch den Nutzerinnen und Nutzern. Andere Regulierungen könnten daran spürbar etwas ändern.

Wenn Kunst und Kultur für uns in einer Wissensgesellschaft aber den Stellenwert einer Universität oder eines Wettkampfstützpunktes einnehmen sollen, müssen wir darüber nachdenken, wie wir ihr eine Sphäre jenseits des Marktes schaffen wollen. Bei Forschung und Sport klappt das – mal schlechter, mal besser – sogar als Paralleluniversum neben dem freien Wettbewerb.

Dass ein solches Umdenken, gerade wenn es autoritär von oben durchgesetzt wird, schnell zu Bürokratiemonstern und Klüngelwirtschaft führt, lehrt die Erfahrung. Hier braucht es gesamtgesellschaftliche Diskussionen und wahrscheinlich verschiedene Lösungsansätze. Genau deshalb ist von einer Gießkannenmaßnahme wie einer gesetzlich verordneten zusätzlichen Pauschalabgabe namens Kulturflrate tunlichst abzuraten. Spannend und unterstützenswert dagegen ist es, parallel zur Diskussion um eine Ausweitung der Grundsicherung für Wissenschaft und Sport auf Kunst und Kultur neue Vergütungsmodelle in freiwilligen Communities auszuprobieren und so durch ihren möglichen Erfolg andere mitzureißen. Die selbstorganisierte Gründung einer Verwertungsgesellschaft für Werke unter Creative Commons-Lizensierung oder eine selbstbestimmte Umsetzung der offenen und modular konzipierten Kulturwertmark des Chaos Computer Clubs durch interessierte Kreative und deren Fans könnten so etwas leisten.

Petra Sitte

Eine Rente zum Leben Für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter.

Das will DIE LINKE:

Rentenniveau anheben – Lebensstandard sichern

Langjährige Beitragszahler/innen müssen auskömmliche Renten bekommen. Ihr Lebensstandard muss im Alter gesichert sein. Wir wollen eine Mindestrente von 900 Euro netto, die dann schrittweise auf 1050 Euro angehoben wird. Das Rentenniveau darf nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 Prozent des Nettolohnes vor Steuern angehoben werden. Wir wollen die ungerechten Kürzungen für diejenigen abschaffen, die wegen berufsbedingter Belastungen vorzeitig in Ruhestand gehen müssen. Den Renteneintritt erst ab 67 wollen wir rückgängig machen.

Die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau ist eine Frage der Gerechtigkeit und muss stufenweise in den nächsten fünf Jahren erfolgen.

Gute Rente gibt es nicht ohne guten Lohn.

Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen deshalb zusammen gedacht und zusammengebracht werden. Wir wollen prekäre Beschäftigung eindämmen und einen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro.

Solidarische Rentenversicherung einführen

Die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der Beiträge vom Bruttolohn gezahlt werden, muss in einem ersten Schritt angehoben werden. Mittelfristig muss sie ganz entfallen. Damit beziehen wir künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden und Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung ein. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und als Solidarsystem. Gleichzeitig wird der weitere Anstieg der höchsten Renten gebremst. Alles zusammen stärkt die finanzielle Basis der gesetzlichen Rente.

Solidarausgleich stärken

Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeiterwerbslose müssen wieder geleistet, niedrige Einkommen durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten zu höheren Renten aufgewertet werden.

Altersarmut verhindern – Solidarische Mindestrente einführen

Wir brauchen auch in der gesetzlichen Rente einen Mindeststandard, der ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen. Die stellt sicher, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat. Die Solidarische Mindestrente ist ein soziales Netz für alle Menschen im Rentenalter.

Solidarische Rente gerecht finanzieren

Rentenreformen sind teuer. Wer sie bezahlt, ist die große Frage. DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Rente stoppen, wie er mit der Riester-Rente begonnen hat und wie er durch die aktuellen Pläne der SPD fortgesetzt werden würde. Die Rente muss von Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen wieder zu gleichen Teilen finanziert werden. Mindestsicherung im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – sie muss auch gesamtgesellschaftlich, also durch Steuern, finanziert werden.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030/24 009 999;
Fax: 030/24 009 541, parteivorstand@die-linke.de, www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Matthias Höhn

Bedarfsgerechte Kommunalfinanzierung durch Einnahmeverbund sichern

Zur Landtagsdebatte über das zukünftige Finanzausgleichsgesetz (FAG) erklärt der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Swen Knöchel:

„Selbst wenn die Landesregierung sich mit ihrem Gesetzentwurf (Drs. 6/1410) in die richtige Richtung bewegt, indem sie langjährige Forderungen der Opposition nun teilweise umsetzen will, bleiben hinsichtlich eines zukunftsfähigen Finanzausgleichsgesetzes noch einige Dinge zu tun, wie DIE LINKE mit ihrem Änderungsantrag (Drs. 6/1149) deutlich machte.

Durch die Einrichtung eines Einnahmeverbundes von Land und Kommunen will DIE LINKE die bedarfsgerechte Finanzierung der Gemeinden, Städte und Landkreise sicherstellen. Zudem sollen die Kommunen an sich ergebenden Steuermehreinnahmen des Landes beteiligt werden. In Jahren, in denen das Land niedrige (Steuer-)einnahmen hat, sollen die Kommunen mindestens die finanzielle Mindestausgleichsmasse erhalten. Diese hat die Entwicklungen der Aufwendungen, der Aufgaben sowie der kommunalen Leistungsfähigkeit maßgeblich zu berücksichtigen und soll jährlich geprüft und ermittelt werden. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass jede Kommune ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben im eigenen Wirkungskreis wahrnehmen kann.

Nach Auffassung der LINKEN muss es in den kommenden Jahren gelingen, durch besondere Ergänzungszuweisungen die Nachteile und Mehrbelastungen für die Kommunen abzumildern, die durch Einwohnerrückgang und demo-

grafischen Wandel entstehen. Darüber hinaus muss das Land seiner Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse besser nachkommen. Dazu zählen für DIE LINKE höhere Ergänzungszuweisungen zur Unterhaltung der Kreisstraßen, die Beibehaltung des Dünnbesiedlungszuschlages für Landkreise und die steuerkraftabhängige Vergabe der Investitionspauschale. Letztlich gilt es, die Vergabe der Mittel aus dem Ausgleichsstock auf eine verlässliche Grundlage zu stellen und die Kon-

solidierung der kommunalen Haushalte nachhaltig zu unterstützen.

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird sich DIE LINKE für die Einrichtung eines Einnahmeverbundes von Land und Kommunen sowie den solidarischer Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft zwischen den Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Verbandsgemeinden und Landkreisen einsetzen, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken und die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern.“

Stadtparteitag

Der Stadtvorstand beruft zum 01.12.2012, 10.00 Uhr, den 6. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE Halle (Saale) ein. Der Stadtparteitag wird als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt.

Vorläufig sind folgende Themen für die Tagesordnung vorgesehen:

1. Zwischenbericht des Stadtvorstandes (Wortbericht)
2. Vorbereitung Wahljahr 2013 (Bundestagswahl)
3. Aussprache
4. Wahl der Delegierten zu den Landesparteitagen 2013/2014
5. Wahl der Vertreterinnen und Vertreter zur Aufstellung der Landeslisten zur Bundestagswahl

Anträge an den Stadtparteitag sowie Kandidaturen sollten rechtzeitig dem Stadtvorstand zur Kenntnis gegeben werden, damit sie mit der Einladung verschickt werden können.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.09.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 11.10.2012

Aus der Stadtratsitzung am 26.09.2012

Herzlichen Glückwunsch konnten wir als Fraktion Herrn Geier sagen! Mit einer absoluten Mehrheit (41 Stimmen von 47!) wurde Egbert Geier wieder zum Finanzdezernenten der Stadt Halle gewählt! Ein klares Votum, welches zeigt, dass Herr Geier das Vertrauen des Stadtrates besitzt. Er wird es auch in Zukunft nicht leicht haben, einen genehmigungsreifen Haushalt für die Stadt Halle (Saale) zu erstellen!

Die umfangreiche Tagesordnung wurde dann „gekürzt“, weil etliche Vorlagen in den Fachausschüssen noch weiter beraten werden.

So wurde z. B. der Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 noch nicht verabschiedet!

Beschlossen hingegen wurde, dass die Stelle des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit ausgeschrieben wird, der Wahltag wurde für den 12.12.2012 festgelegt. Unsere Fraktion sprach sich gegen diese Vorlage aus! Der designierte Oberbürgermeister, Herr Dr. Wiegand, hatte im Vorfeld angekündigt, dass er diese Dezernentenstelle nicht wieder besetzen möchte. Er kündigte Strukturveränderungen innerhalb der Verwaltung an, die eben auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollten!

Nach der jetzt gültigen Hauptsatzung ist diese Ausschreibung zwar richtig, jedoch hätte der Stadtrat diese Ausschreibung durchaus zeitlich versetzen können bzw. mit dem Antritt des neuen Oberbürgermeisters auch eine Satzungsänderung anstreben können. Die Mehrheit des Stadtrates folgte dieser Intention – letztlich eben auch des neuen

OB's – nicht. Mit der Mehrheit von CDU, SPD und FDP erfolgt nun diese Ausschreibung!! Ist es eine „Machtansage der drei Parteien an Wiegand“ (vgl. MZ vom 27.09.2012)??

Mit Mehrheit wurde die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung) angenommen. In unserer Fraktion gab es durchaus unterschiedliche Meinungen, aber letztlich eine breite Zustimmung. Die Stadträte und sachkundigen BürgerInnen bekommen z. B. ab sofort für die Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse 25,00 Euro (alt: 12,78 Euro). Die pauschale Entschädigung erhöht sich um 1,05 Euro (alt: 178,95 Euro jetzt 180,00 Euro). Begründet wurde diese Anpassung vor allem damit, „dass die Verantwortung der Mitglieder des Stadtrates einer kreisfreien Stadt hinsichtlich ihres Aufgabenspektrums die Zuständigkeiten von kreisangehörigen Städten und Landkreisen abdecken müssen“ (vgl. Text der Vorlage).

Aus altersbedingten Gründen hat Mechthild Greuel ihr Mandat als Mitglied im Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung und in der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii niedergelegt. Wir möchten an dieser Stelle Mechthild auch nochmals herzlich danken für ihre jahrelange Arbeit und ihr weiterhin viel Gesundheit und Freude mit und in der Familie übermitteln!

Auch Frau Szabados dankte in der Ratssitzung öffentlich Mechthild Greuel für ihre Arbeit als langjährige Stadträtin und in den letzten Jahren als Vertreterin unserer Fraktion in den genannten Stiftungen.

Als NachfolgerInnen werden für die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii Peter Schmiedel gewählt und im Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung wird Ute Haupt die Fraktion DIE LINKE. vertreten. Den Bäderbeirat hat Ute Haupt in diesem Zusammenhang an Elisabeth Nagel „abgegeben“.

Und es gibt auch bei unseren sachkundigen EinwohnerInnen eine Veränderung! Dankeschön sagen wir Jörg Puschmann für seine ehrenamtliche Arbeit im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung. Bedingt durch einen Wohnungswechsel kann er diese Aufgabe nicht mehr ausfüllen. In der Stadtratsitzung wurde unser Vorschlag für die Neubesetzung – Anja Krimmling-Schoeffler – angenommen! Herzlichen Glückwunsch, liebe Anja!

Wir wünschen Dir viel Freude an der neuen Aufgabe!

Der Vorlage „Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von Verhandlungen mit der LMBV zur Übernahme des Grundstückes der ehemaligen Deponie Kanena durch die Stadt Halle – Beschluss“ konnten wir nicht zustimmen. Unsere Kritik, die durch Uwe Köck - auch im Rat deutlich gemacht wurde - richtet sich vor allem darauf, dass es für uns nicht kalkulierbare ökologische Risiken gibt! Wissen wir, was sich im Boden dieser Deponie alles befindet? Diese Fläche, die wir als Stadt kaufen würden, soll u. a. als Grundlage dienen für die Errichtung eines Golfplatzes durch einen privaten Investor am Hufeisensee! Hier haben wir ja bekanntlich schon generelle Kritik angemerkt. Insgesamt

wurde diese Vorlage angenommen; der konkrete Kaufvertrag muss aber dem Stadtrat noch einmal vorgelegt werden.

Unser Antrag zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und

pädagogischer Innovation“ wurde angenommen.

Aber leider fand nach vielen Diskussionen und Argumentationen unser Antrag zur Rücknahme des Beschlusses „Benennung einer Straße nach Willy Brand“ keine

Mehrheit!

Die Philipp-Müller-Straße wird mit dem Beschluss einer Mehrheit aus SPD, CDU und FDP aus der Stadt Halle (Saale) verschwinden.

Ute Haupt,
Stadträtin

UmFairteilen – Reichtum besteuern

Allen Genossinnen und Genossen, Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die unsere Aktivitäten zum bundesweiten Aktionstag aktiv und kreativ, sei es backend, sackhüpfend, Kuchen verteilend, zur Deutschen Bank marschierend, begleitet und zu einem positiven Erlebnis werden ließen, an dieser Stelle nochmals unser herzlicher Dank.

Wir sind mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen und ich denke, wir konnten unsere Positionen zur Vermögenssteuer vermitteln. Wichtig war, dass wir organisatorisch und auch argumentativ gut vorbereitet waren. Beachtlich fand ich, dass viele Menschen uns fragten, warum wir alleine dastehen, wo denn Gewerkschaften, Vereine, Verbände und die anderen Parteien wären. Wir haben viele eingeladen, diesen Tag mit uns gemeinsam zu gestalten, vielleicht beim nächsten Mal.

Mein Fazit: eine rundum gelungene Aktion, die 20 verschiedenen Kuchen waren auch lecker.

Bildimpressionen:

